

Für eine machtvolle Demonstration gegen den US-Krieg am 15. Februar!

Dynamik der Antikriegsbewegung

Die Dynamik der Antikriegsbewegung hat zugenommen. Die riesigen Demonstrationen am 18. Januar in den USA und weitere lokale Demonstrationen in vielen Städten in den USA zeigen, dass Bush mit seiner kriegerischen Politik auch im eigenen Land zunehmend auf Widerstand stösst. Mittlerweile gibt es sogar Meldungen über gewerkschaftlichen Widerstand in Betrieben. Blair sieht sich einer klaren Mehrheit der eigenen Bevölkerung gegenüber. Die breite Antikriegsbewegung bereitet Aktionen des zivilen Widerstandes vor und geniesst auch unter Gewerkschaften einen zunehmenden Rückhalt. In Italien könnten sich Mobilisierungen der Antikriegsbewegung mit dem Widerstand von Lohnabhängigen gegen Entlassungen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen kombinieren.

Auch in Deutschland wird die Antikriegsbewegung in den nächsten beiden Wochen stark mobilisieren. Zunächst am 8. Februar gegen die NATO-Jahrestagung in München und dann am 15. Februar zur bundesweiten Antikriegsdemonstration in Berlin. Aufgrund des Druckes schliesst sich auch die Regierungspartei Bündnis90/Die Grünen dieser Demonstration an.

USA greifen an – kein klarer Widerstand von europäischen Regierungen

Dennoch ist klar: die Kriegspläne liegen bereit. Der Bush-Administration geht es nur noch darum, die politische Konstellation gegenüber den skeptischen europäischen Regierungen zu verbessern. Nun ist es ihr gelungen, die Regierungen von Spanien, Italien, Portugal, Ungarn, Polen, Dänemark, Tschechien auf ihre Seite zu ziehen. Vor allem Italien, Spanien und Ungarn erfüllen eine wichtige Funktion in der amerikanischen Militärsstrategie, denn diese Länder beherbergen US-Militärbasen, von denen der Aufmarsch und die Angriffe gegen den Irak durchgeführt werden.

Auch Putin liess bereits durchblicken, dass er seinen Widerstand aufgeben könnte. Der russische Erdölkonzern Lukoil hat im Jahr 1997 mit der irakischen Regierung Verträge zur Modernisierung des Ölfelder West-Kurna abgeschlossen. Der französische Konzern TotalFinaElf vereinbarte die

Entwicklung des Ölfeldes Majnoon rund 50 Kilometer nördlich von Basra. Diese Verträge können aufgrund des Embargos nicht voll genutzt werden. Nach einem Regierungswechsel oder sogar der Einsetzung eines US-Militärprotektorates im Irak müssen Russland, China und Frankreich befürchten, keinen Zugang mehr zu diesen Ressourcen zu bekommen. Die USA drohen offen damit, dass jene, die sich nicht ein- und unterzuordnen, anschliessend von der Verteilung der günstigen Ölfelder ausgeschlossen würden. Dieses banale und zugleich wirksame Argument wird wahrscheinlich auch Chirac „überzeugen“ und damit auch Schröder anders stimmen. Andererseits standen die drei grössten Ölkonzerne, die amerikanische ExxonMobil, die anglo-niederländische Royal Dutch Shell, die britische BP und der US-Konzern Chevron-Texaco bislang abseits. Nach einem für die USA siegreichen Krieg wird sich das selbstverständlich ändern. Dann werden genau diese Konzerne die Hauptprofiteure sein.

Die auch von Stimmen in der Antikriegsbewegung herbeigesehnte oder gelobte Emanzipation Europas gegenüber den USA ist eine Illusion. Keine der europäischen Regierungen leistet wirklich Widerstand gegen den Krieg, vielmehr trachten alle danach, die Verhandlungsbedingungen über die Verteilung der Beute zu verbessern. Zudem werden über den Machtpoker auch andere Konflikte ausgetragen, wie z.B. die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU. Bereits hat sogar Frankreich militärische Kapazitäten angekündigt. Der Aufbau einer unabhängigen und internationalen Antikriegsbewegung ist die einzige glaubwürdige Perspektive. Nur eine internationale Massenbewegung kann den Krieg stoppen, respektive den politischen Preis für diesen Feldzug erhöhen und vor allem die extrem schwierigen Bedingungen für demokratische Kräfte im Irak nach den Verwüstungen eines Krieges einigermassen verbessern.

Breite Bewegung auch in der Schweiz

Auch in der Schweiz haben die Antikriegs-Aktivitäten massiv zugenommen. An den Veranstaltungen des „Anderen Davos“ am 23. Januar in Zürich beteiligten rund 1000 Personen. Der Krieg war das zentrale Thema und wurde in den Kontext der ökonomischen Krise gestellt. Im Rahmen einer globalen Enteignungsökonomie werden zunehmend Feldzüge zur Kontrolle materieller und menschlicher Ressourcen durchgeführt.

Die (versuchte) Demonstration gegen das WEF hat gezeigt, wie die antidemokratischen Massnahmen, denen wir uns auch in unserer Plattform der Demonstration vom 15. Februar klar entgegenstellen, konkretisiert werden können. Das unakzeptable Kontrolldispositiv in Fideris war nur ein Ele-

Inhalt

- Für eine Machtvolle Demonstration am 15. Februar in Bern
- Informationen zur Mobilisierung
- Diskussion über Pressekonferenz mit Stellungnahmen von Christian Zeller und Nico Lutz
- Stellungnahme von Franco Cavalli

ment dieser Erosion demokratischer Rechte. Im Vorfeld der G-8-Konferenz in Evian im Juni zeichnen sich bereits ähnliche Herausforderungen ab. Allerdings hat die Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei, Christiane Brunner, diese Kontrollpolitik letztlich gutgeheissen. Sie hat damit dem Geist der Plattform der Antikriegsdemonstration vom 15. Februar widersprochen.

Wesentlicher Bestandteil der Bewegung sind die zahlreichen Antikriegskomitees und Kollektive, die im Laufe der letzten beiden Monate entstanden sind. In Genève, Lausanne, Fribourg, La Chaux-de-Fonds, Delémont, Bern und im Tessin fanden bereits Mahnwachen und Kundgebungen statt. In Genève demonstrierten am 31. Januar 3000 StudentInnen und SchülerInnen gegen den Krieg. Am 15. Februar wollen wir an der gesamtschweizerischen Demonstration „*Nein zum Krieg gegen Irak – Kein Blut für Öl!*“ diese Ansätze zusammenführen und ihnen einen gemeinsamen machtvollen Ausdruck verleihen.

Einheit auf welcher Grundlage?

Selbstverständlich gibt es in jeder sozialen Bewegung auch Widersprüche. Die Äusserungen von Christiane Brunner anlässlich der Kontrollmassnahmen in Fideris und die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei, die Teile des Anti-WEF-Bündnisses und die Kriegstreiber der Bush-Administration gleichsam verurteilte, haben den Konsens des Antikriegsbündnisses für die Demonstration am 15. Februar aufgebrochen.

Ich habe mich entschlossen, diesen Widerspruch an der Medienkonferenz vom 30. Januar, an der die Demonstration vom 15. Februar vorgestellt wurde, mit einer ausführlichen Erklärung (siehe diesen Rundbrief) offen zu legen und nicht an der Seite von Christiane Brunner Platz zu nehmen. Verschiedene Zeitungen wie der Tages-Anzeiger, die Berner Zeitung und 24 heures haben mehr oder weniger gut darüber berichtet. Drei Gründe waren für diesen ungewöhnlichen Schritt ausschlaggebend:

- Die Einheit der Antikriegsbewegung drückt sich durch das Engagement Hunderter von AktivistInnen in den Komitees und Kollektiven aus. Christiane Brunner und ein Teil der SP haben mit ihrer Politik rund um das WEF den Grundkonsens für die Demonstration vom 15. Februar gebrochen.
- In einer vor zwei Wochen publizierten Stellungnahme äussert sich die Sozialistische Internationale, der auch die SPS angehört, nicht klar gegen den Krieg. Vielmehr fordert sie ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates als Bedingung für einen Krieg.
- Ich wollte durch diesen Schritt das Missbehagen von AktivistInnen in Antikriegskomitees gegen die Verein-

nahmung durch die etablierte Politik ausdrücken. Zudem ging es darum, eine Diskussion zu öffnen, die sowohl innerhalb der SP als auch der Gewerkschaften geführt wird und letztlich die gesamte Antikriegsbewegung betrifft. Die Nationalräte Franco Cavalli, Nils de Dardel und Pierre-Yves Maillard haben sich ebenfalls klar gegen die Positionnahme von Christiane Brunner und des SP-Sekretariats zu den Kontrollmassnahmen in Fideris ausgesprochen. Der SP wäre es frei gestanden, sich durch eine glaubwürdigere Person an dieser Medienkonferenz vertreten zu lassen. Der Leitung der SP war der Missmut in weiten Teilen der Antikriegsgruppen gegenüber den Äusserungen Christiane Brunners bekannt. SP-Pressesprecher Jean-Philippe Jeannerat hat sich am 28. Januar persönlich bei mir erkundigt, um die Lage zu sondieren und beharrte darauf, dass Christiane Brunner sprechen werde.

Konkret gilt es festzuhalten:

- Die Medienkonferenz gab Persönlichkeiten grosser Organisationen das Wort, mit dem Ziel, interessanter für die Medien zu wirken. Somit war das kein einheitlicher Anlass des Antikriegsbündnisses. Das hat sich u.a. darin ausgedrückt, dass die RednerInnen ihre Beiträge auf dem Briefpapier ihrer Organisationen, das heisst der SP, GBI und der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, verteilt haben.
- Das Problem bestand also darin, dass im Vorfeld, die Natur dieser Medienkonferenz innerhalb Bündnisses nicht geklärt wurde. An der Sitzung vom 22. Januar wurden die Namen von Rita Schiavi (GBI) und Jürg Krummenacher (AG Hilfswerke) festgehalten. Über Christiane Brunner wurde nicht diskutiert. Ihr Name taucht auch im Protokoll nicht auf.

Mein Verhalten wird sicherlich auch Kritik provozieren. Dennoch bin ich absolut überzeugt, dass es wichtig ist, auf so wichtigen Fragen wie der demokratischen Rechte und der prinzipiellen Ablehnung des Krieges klar zu bleiben, um längerfristig glaubwürdig zu bleiben. Meine Intervention und die Nachfragen an der Medienkonferenz haben bewirkt, dass sich Christiane Brunner öffentlich vom skandalösen Beschluss ihrer sozialdemokratischen Schwesterparteien distanzierte, die einen vom UNO-Sicherheitsrat gebilligten Krieg letztlich akzeptieren. Diese Klärung ist begrüssenswert.

Damit sich alle selber ein Urteil bilden können, integriere ich meine Erklärung in deutscher und französischer Sprache in diesen Rundbrief. Der Erklärung haben sich 50 Personen aus lokalen Antikriegskomitees, Gewerkschaften und anderen Organisationen angeschlossen. Die kritische Erklärung von Nico Lutz ist ebenfalls integriert.

Christian Zeller
zeller@giub.unibe.ch

Gute Mobilisierung verbessern

Mittlerweile wird die Plattform der Demonstration von 103 Organisationen unterstützt. In den letzten sechs Wochen sind zahlreiche lokale Antikriegskomitees entstanden. Viele junge Menschen zusammen mit älteren organisieren gemeinsam Aktionen, Mahnwachen und lokale Demonstrationen und verteilen gemeinsam Tausende von Flugblättern. Doch das reicht nicht. Wir sind darauf angewiesen, dass viele Menschen selber tätig werden und eigene Initiativen ergreifen. Die Stärke der Bewegung ist nicht von der Organisationskraft eines Apparates, sondern von den unzähligen Eigeninitiativen der Menschen vor Ort, an der Schule, an der Uni und an den Arbeitsplätzen abhängig.

Finanzen

Wir haben ein Postcheckkonto eröffnet. Bitte überweist Spenden und Organisationsbeiträge zur Finanzierung der Demonstration auf das Konto: **Nein zum Krieg gegen Irak, Bern PC 30-316928-9.**

An der letzten Bündnissitzung haben wir uns auf folgenden Finanzierungsschlüssel geeinigt:

Grosse nationale Organisationen: 1000 CHF
Mittlere (nationale) Organisationen: 500 CHF
Kleine lokale Organisationen: 100 CHF.

Eine Reihe der anwesenden Organisationen hat bereits feste Zusicherungen gegeben. Wir bitten alle Gruppierungen und Organisationen, die die Plattform unterzeichnet haben, möglichst schnell die entsprechende Summe zu überweisen. Wir müssen bereits Zahlungen für die Demonstrationsinfrastruktur tätigen.

Flugblätter, Plakate, Artikel in Zeitschriften

Wir sind nicht in der Lage, zentral Info- und Propagandamaterial herzustellen und zu versenden. Darum bitten wir alle, die mit diesem Rundbrief elektronisch versendeten aktuellen Flugblattvorlagen zu nutzen, selbst auszudrucken und lokal zu kopieren oder drucken. Selbstverständlich ist es jeder Gruppierung und Person freigestellt, ihre eigenen Flugblätter, Plakate und Transparente herzustellen.

Alle sind gebeten, in lokalen Zeitungen, in Vereinszeitschriften und Quartierblättern mit kleinen Artikeln oder Inseraten auf die Demonstration vom 15. Februar hinzuweisen.

Transport

Die SBB stellen zusätzliche Angebote zur Verfügung und bieten von Basel und Zürich sogar je einen Extrazug an. Da wir die entsprechende Verwaltungsarbeit und vor allem das Risiko nicht übernehmen können, werden die SBB die Billete selber verkaufen und die üblichen Preise verlangen. Ich liste im Folgenden die entsprechenden Zugverbindungen auf:

Reisende ab Baden, Brugg, Aarau, Olten, Burgdorf, Langenthal

	Zug 2720
Baden ab	11.46
Brugg ab	11.55
Aarau ab	12.09
Olten ab	12.21
Langenthal ab	12.35
Herzogenbuchsee	12.41
Burgdorf ab	12.53
Bern an	13.08

Reisende ab St. Gallen, Flawil, Uzwil, Wil, Winterthur

	Zug 720
St. Gallen ab	10.11
Gossau SG ab	10.19
Falwil ab	10.24
Uzwil ab	10.30
Will ab	10.39
Winterthur ab	10.58
Bern an	12.43

Reisende ab Romanshorn, Weinfelden, Frauenfeld

	Zug 920
Romanshorn ab	10.41
Weinfelden ab	10.59
Frauenfeld ab	11.12
Bern an	13.13

Reisende ab Zürich und Agglomeration

	Extrazug (1150 Sitzplätze)
Zürich ab	ca. 11.58 evtl. etwas später
Bern an	ca. 13.10

Reisende ab Basel und Agglomeration, Olten

	Extrazug (770 Sitzplätze)
Basel ab	ca. 12.00
Olten ab	ca. 12.25
Bern an	ca. 13.10

Reisende ab Genève und Lausanne

	Zug 721	Zug 2723	Zug 723
Genève ab	10.30	10.34	11.30
Coppet ab		10.44	
Nyon ab		10.50	
Gland ab		10.55	
Morges ab		11.07	
Renens VD ab		11.14	
Lausanne ab	11.06	11.26	12.06
Palezieux ab		11.42	
Romont ab		11.58	
Fribourg ab	11.51	12.16	12.51
Bern an	12.13	12.38	13.13

Um Überlastungen zu vermeiden, ist es sinnvoll, dass die Reisenden aus Lausanne die früheren und die Reisenden aus Genf die späteren Verbindungen nehmen.

Reisende ab Brig

	Zug 10825
Brig ab	11.54
Bern an	13.29

Bustransporte

Verschiedene lokale Komitees organisieren kollektive Transporte zur Demonstration. Mir sind nicht alle Initiativen bekannt. Ich liste die auf, über die ich präzise Angaben verfüge. Ich bitte alle lokalen Komitees ihre Transportangebote zu melden an: antikriegsbuendnis@bluewin.ch.

Vaud

Aller: Nyon : départ devant la gare CFF de Nyon à 11h00.
Morges : départ devant la gare CFF de Morges à 11h30.
Lausanne : départ devant le Stade de la Pontaise à 12h00.
Yverdon: départ devant la gare CFF de Yverdon à 12h30.
Contact par suzanne.peters@bluewin.ch ou téléphonez à 079/620 69 29 (Matteo Poretti). Prix: entre 20 et 25 CHF par personne aller-retour.

Genève

Le Syndicat des Services Publics (SSP / VPOD) organise des cars. Contactez 022-741 50 80. Départ Place Neuve à 10 heures. Prix 25 CHF par personne aller-retour, gratuit pour chômeurs, étudiants, écoliers.

Andere Städte

Vorbereitungen für kollektive Reisemöglichkeiten laufen auch in anderen Städten, z.B. in Basel und im Tessin. Ich bitte euch, sämtliche derartige Initiativen zu melden. Wenn

es viele Busse sein sollten, müssten wir ein bestimmtes Ankunftszenario bei der Schützenmatte durchführen.

Ablauf und Bewilligung

Paolo Gilardi und ich hatten am 17. Januar ein Gespräch mit drei Vertretern der Stadtpolizei Bern. Wir haben uns auf eine relativ lange Route durch die Berner Innenstadt geeinigt. Besammlung ist am 15. Februar um 13.30 auf der Schützenmatte. Die Demonstrationsroute folgt folgenden Strassen: Bollwerk, Aarberggasse, Zeughausgasse, Kornhausplatz, Rathausgasse, Kreuzgasse, Kramgasse, Theaterplatz, Amthausgasse. Abschlusskundgebung ist auf dem Bundesplatz. Hier wird es neun, ganz kurze (drei Minuten) Redebeiträge und ein Konzert geben.

Nächste Sitzung des Bündnisses

Die nächste Sitzung des Antikriegsbündnisses findet statt am Mittwoch, 5. Februar um 18.30 im Restaurant Kreuz, Zeughausgasse 41 in Bern im 2. Stock.

Themen werden voraussichtlich sein:

- Stand der Mobilisierung und weitere Massnahmen
- Spendensammlung, Finanzen
- Auf- und Abbau der Infrastruktur
- Organisationsdienst, HelferInnen

Ich hoffe, diese Informationen dienen der weiteren Verbreiterung der Antikriegs-Bewegung und der Mobilisierung der Demonstration „Nein zum Krieg gegen Irak – Kein Blut für Öl“ am 15. Februar in Bern.

Christian Zeller

Stellungnahmen zur Medienkonferenz des Antikriegsbündnisses am 30. Januar 2003 in Bern

Erklärung von Christian Zeller, Koordinator des Antikriegsbündnisses

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der Einladung für die Pressekonferenz vom Donnerstag, 30. Januar werde ich als Redner an der Seite von Christiane Brunner (Präsidentin der SPS), Jürg Krummenacher (Präsident des Caritas) und Rita Schiavi (Vizepräsidentin der GBI) aufgeführt.

Ich erkläre hiermit die moralischen und politischen Gründe, warum ich es ablehne, an der Seite der Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Christiane Brunner, an dieser Pressekonferenz zu sprechen.

Wie sie im Folgenden lesen können, entspringen meine Gründe nicht einem Urteil über die Person von Christiane Brunner, sondern ihren Erklärungen, die dem Geist der Demonstration vom 15. Februar und ihrer Plattform widersprechen.

Zudem bekräftige ich, dass ich mich weiterhin, wie seit Beginn der Demonstrationsvorbereitungen, tatkräftig für den grösstmöglichen Erfolg der gesamtschweizerischen Demonstration gegen den Krieg vom 15. Februar in Bern unter dem Motto „Nein zum Krieg gegen den Irak. Kein Blut für Öl!“ einsetzen werde.

1. Die gesamtschweizerische Demonstration vom 15. Februar wurde von einer bescheidenen Anzahl von Antikriegs-, globalisierungskritischen und pazifistischen Aktivistinnen und Aktivisten initiiert. Die Demonstration findet im Rahmen eines europäischen Aktionstages gegen den Krieg statt, wie am europäischen Sozialforum Anfang November 2002 in Florenz von mehreren tausend Menschen vorgeschlagen wurde.

Bei diesem Anlass – der Lärm der Kampfstiefel wurde bereits lauter und lauter – haben mehr als 600'000 DemonstrantInnen ihren Widerstand gegen den von der Bush-Administration geplanten Krieg hinausgeschrien. Unter dem Vorwand der Resolution 1441 des UNO-Sicherheitsrates (neue Inspektionen in Irak und die Forderung, daß der

Irak beweist, daß die Vereinigten Staaten über keine Beweise verfügen, so die Formel eines amerikanischen Chronisten) versucht diese, den für einen massiven Militärangriff gegen Irak günstigsten Rahmen zu schaffen. Der Zeitplan der Eskalation wurde durch die Bush-Administration und das Pentagon bereits vor Monaten festgelegt.

2. Die Unterstützung für die nationale Demonstration vom 15. Februar in Bern wächst unaufhörlich. Täglich kann ich über die E-mail-Adresse des Antikriegsbündnisses weitere Gruppierungen registrieren, die die Demonstration unterstützen. Die Liste der unterstützenden Organisationen wird breiter und breiter. Momentan sind es mehr als 90 Bewegungen, Organisationen und politische Parteien und Gewerkschaften. In zahlreichen Städten wurden Antikriegskomitees gegründet. Diese haben bereits Zehntausende von Flugblättern verteilt. Diese gemeinsame Bewegung wird immer stärker.

Es bedurfte nicht der Unterschrift der SPS, um diese Mobilisierungsanstrengungen durchzuführen. Es ist also mehr als bedauernswert, wenn Christiane Brunner nach der „Demonstration gegen das WEF“ vom 25. Januar 2003 in Davos verkündet, dass die SPS eine Demonstration am 15. Februar durchführen werde. Diese autoritäre und arrogante Mitteilung verachtet die Anstrengungen von Hunderten von Aktivistinnen und Aktivisten, die diese Demonstration vorbereitet haben. Sie wurde durch die Presse breit wiedergegeben: *„Pour récupérer d'une certaine manière la démonstration de samedi, le PS appelle à une manifestation pacifique contre la guerre en Irak, le 15 février à Berne.“* - *„Um gewissermassen die Demonstration vom Samstag wieder gut zu machen, ruft die SP zu einer friedlichen Demonstration gegen den Krieg im Irak am 15. Februar in Bern auf“* (Le Temps 27.1.2003).

Diese Vorgehensweise, die aktiven Anstrengung von Tausenden von Männern und Frauen, Jugendlichen und weniger Jungen zu verachten, schliesst nahtlos an die traditionellen politischen Methoden und die häufigen bürokratischen Manipulationen im SMUV an (dessen Galionsfigur Christiane Brunner lange Zeit war).

3. Außerdem ist es mir unmöglich, diese Art und Weise der Sozialdemokratischen Partei, „Politik zu betreiben“, von Christiane Brunners Erklärungen anlässlich der Demonstration vom 25. Januar in Davos zu trennen. Diese Demonstration hat die Opposition gegen jene (die Global Leaders) markiert, die die Globalisierung des Kapitals praktisch vorantreiben. Diese Globalisierung steigert die Ungleichheiten, verschärft die sozialen Ausschlussprozesse und konzentriert den Reichtum sowie die wirtschaftliche, soziale und politische Macht wie selten zuvor in der Geschichte.

Bereits vor dieser Demonstration versuchte die SPS unter der Verantwortung von Christiane Brunner, Ständerätin und Präsidentin der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, in einem Communiqué die Spreu vom Weizen zu trennen.

Die guten Weizenkörner sind ihrer Ansicht nach jene, die eine die demokratischen Freiheiten verletzende Polizeikontrolle akzeptieren. Die Nationalräte Nils de Dardel und Franco Cavalli sowie die Gewerkschafterin Rita Schiavi, die auch an dieser Pressekonferenz anwesend ist, haben diesen Angriff auf die demokratische Rechte als solchen erkannt

und angeprangert. Zur Spreu gehören jene viel Zahlreicheren, die diese Kontrollen abgelehnt haben und sich bewusst waren, dass alles in einer erniedrigenden Falle für die DemonstrantInnen enden würde. Die Realität hat das abschliessend bestätigt. Die Tageszeitung Le Matin vom 26.1.2003 hat die Angelegenheit in ihrem Titel auf Seite 3 gut zusammengefasst: „Reingelegte Demonstranten“. Jene, die die Kontrollen ablehnten, sind in keiner Weise „autoritär“ aufgetreten, um die von Christiane Brunner verbreitete Formel aufzugreifen. Sie haben ganz einfach ihre Opposition gegen den Abbau demokratischer Rechte und die „Fitzung ihres Gepäcks“ manifestiert. Die Vorgänge in Fideris reihen sich in die antidemokratischen Sicherheitsmassnahmen ein, die in Europa zunehmend durchgesetzt und von zahlreichen Juristen und europäischen Verfassungsrechtlern kritisiert werden.

Mit anderen Worten, diese DemonstrantInnen standen auf der Seite der Demokratie. Christiane Brunner hat sich auf die Seite des Bundesrats und der Polizeikräfte gestellt. Sicherlich entspricht das ihren Überzeugungen und ihrer Praxis sowie jenen ihrer Partei. In der schlimmsten stalinistischen oder orwellischen Tradition hat Christiane Brunner versucht, die Tatsachen zu verdrehen. Das ist ein echter Angriff auf eine grundlegende Dimension der Demokratie: die Beachtung der Tatsachen, um über deren Sinn in einem gegebenen Kontext zu debattieren.

Schließlich beschrieb die SPS in ihrer Mitteilung vom 21. Januar die Kontrollanlagen als *„eine zwar lästige, aber offenbar nötige Kontrolle in Fideris“*. Diese Erklärung ging so weit, Gruppen von DemonstrantInnen, unter anderem Anhänger des Oltner Bündnisses, auf dieselbe Stufe wie die „Kriegstreiber aus den USA“ zu stellen. Diese Gleichsetzung stellt eine Verleumdung dar und offenbart die Unredlichkeit einer Ständerätin.

4. Die Tragweite dieser Behauptungen und politischen Ausrichtung verdeutlicht sich im Lichte der Erklärungen der Aussenministerin Micheline Calmy-Rey, deren Wahl in den Bundesrat von Christiane Brunner unterstützt wurde. Micheline Calmy-Rey hat Colin Powell in Davos getroffen. *„Ich habe von Herrn Powell nie eine besonders harte Position erwartet, das liegt vielleicht an seiner sympathischen Persönlichkeit“* liess Micheline Calmy-Rey in einem Interview mit der Sonntagszeitung vom 26. Januar 2003 verlauten (vergleiche dieselbe Aussage in 24 heures, 27.1.2003, S. 3).

International Herald Tribune (IHT) hat am 27. Januar 2003 eine Foto veröffentlicht, das die kriegerische Entschlossenheit Colin Powell's zeigt. Dann schrieb die große amerikanische und internationale, mit der New York Times verbundene Tageszeitung: *„Colin Powell hat am Sonntag bestätigt, dass die Vereinigten Staaten alleine in den Krieg gegen den Irak ziehen würden, wenn sie keine „Koalition der Willigen“ mit den gespaltenen europäischen Verbündeten formieren könnten.“* Dann unterstrich Colin Powell, dass *„das Fehlen einer Koalition die Bush-Administration nicht daran hindern würde, an ihrem Kurs festzuhalten“*. Die IHT zitierte sodann Powell mit den Worten: *„Wenn wir auf einer Frage entschlossen sind, werden wir die Führung ergreifen, wir werden handeln, selbst wenn die anderen nicht bereit sind, sich uns anzuschliessen“*.

Kann man sich eine einseitige Kriegserklärung vorstellen, die entschlossener und härter ist? Das Verhalten und die Erklärungen von Micheline Calmy-Rey entsprechen nur der traditionellen Anpassung der schweizerischen Diplomatie an die Zwänge der dominanten imperialistischen Macht.

5. Abschließend sehe ich es als meine Pflicht an zu unterstreichen, dass sowohl die Erklärungen von Micheline Calmy-Rey als auch jene von Christiane Brunner der gemeinsamen Plattform der Demonstration vom 15. Februar widersprechen, die allerdings von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz unterzeichnet wurde. Micheline Calmy-Rey hat „die humanitären Anliegen des Bundesrates“ unterstrichen. Diese Formel bedeutet konkret: nimmt der Krieg erst einmal seinen Lauf, wird es Hunderttausende von Menschen geben, die auf die Straßen geworfen werden. Darüber muss man besorgt sein. Die Absicht ist gut. Aber dennoch akzeptiert diese Erklärung den Krieg. Und wenn die humanitären Anliegen den Bundesrat und seine Ministerin beschäftigen, warum sagen sie nichts zu den Bedingungen, unter denen sich die afghanischen Gefangenen in Guantanamo befinden, ohne rechtlichen Status; oder zur Folterpraxis der amerikanischen Truppen, die von der York Times angeprangert wurde; ganz zu Schweigen vom Embargo, das die Bevölkerung und die Kinder im Irak dahinrafft.

Gemäss dem Vorbereitungstext zur Pressekonferenz soll Christiane Brunner die Bedeutung der europäischen imperialistischen Staaten im Widerstand gegen die Vereinigten Staaten hervorheben. Aber genau diese stellen den USA ihre militärische Infrastruktur zur Verfügung und senden wie Deutschland Truppen nach Afghanistan. Einige wie Italien und Spanien schliessen sich aktiv der kriegerischen Politik von Bush an. Andere wie Frankreich werden letztlich angesichts des von den USA ausgelösten Krieges schweigen und ihren Flugzeugträger Charles-de-Gaulle und jene Truppen senden, die angesichts der Truppenpräsenz in der Elfenbeinküste in ihrem traditionellen kolonialen Einflussgebiet noch verbleiben. Ganz zu schweigen vom sozialdemokratischen Genossen Tony Blair, der bereits um die 20' 000 Soldaten auf den „Kriegsschauplatz“ gesendet hat, um eine Formel wieder aufzunehmen, deren Zynismus nur an die seit Monaten geführte Operation der Volksverdummung heranreicht.

Das alles geschieht, um ein „Regime“ in Bagdad auszuwechseln, ein Regime, das seit 1983 durch Rumsfeld, dann durch Mitterrand und Chirac und weitere unterstützt worden ist.

6. Diese Erwägungen veranlassen mich aus ethischen und politischen Gründen, Abstand von dieser Pressekonferenz zu nehmen, so wie sie heute geplant ist. Meine Anwesenheit hier an der Seite von jenen, die für den 15. Februar mobilisieren, muss dazu dienen, in einem Geist der demokratischen Transparenz diese wichtigen Fragen auf den Tisch zu bringen. Es ist an der Zeit, dass die Politik mit dem klassischen Politikerjargon bricht; zum einem Zeitpunkt, wo die Zukunft einer Region, des Nahen Ostens und Hunderttausender seiner Bewohner auf dem Spiel steht.

Conférence de presse convoquée par le Antikriegsbündnis

Déclaration de Christian Zeller, animateur du Antikriegsbündnis

Mesdames, Messieurs,

Dans la convocation à la conférence de presse du jeudi 30 janvier, je suis mentionné parmi les orateurs, aux côtés de Christiane Brunner (présidente du PSS), de Jürg Krummenacher (de la direction des œuvres d'entraide) et de Rita Schiavi (vice-présidente du SIB).

Je tiens à expliquer, ci-dessous, les raisons morales et politiques pour lesquelles je me refuse à prendre la parole aux côtés de la présidente du Parti socialiste suisse, Christiane Brunner, lors de cette conférence de presse.

Comme vous le lirez, mes motivations ne relèvent pas d'un jugement sur la personne de Christiane Brunner, mais sur des déclarations qui vont à l'encontre de l'esprit de la manifestation du 15 février et de sa plate-forme.

De plus, je tiens à souligner que je continuerai à œuvrer, comme je l'ai fait dès le début, au plus grand succès de la manifestation nationale, du 15 février à Berne, contre la guerre – placée sous le mot d'ordre «*Non à la guerre contre l'Irak! Pas de sang pour du pétrole*».

1. La manifestation nationale du 15 février, initiée par un nombre restreint de militants et militantes antiguerre, altermondialistes et pacifistes, s'inscrit dans le cadre de la proposition adoptée massivement par le Forum social de Florence qui s'est tenu début novembre 2002.

A cette occasion, alors que les bruits de bottes se faisaient de plus en plus forts, plus de 600'000 manifestant/es ont clamé leur opposition à une guerre planifiée par l'administration Bush. Cette dernière allait utiliser le prétexte de la résolution de l'ONU 1441 (nouvelles inspections en Irak et exigence que l'Irak fasse la preuve que les Etats-Unis n'avaient pas de preuves, pour reprendre la formule d'un chroniqueur américain) afin de tenter de créer le cadre le plus favorable à une attaque militaire massive contre l'Irak. Les échéances de l'escalade étaient déjà fixées par la présidence Bush et le Pentagone depuis des mois.

2. L'appui à la manifestation nationale du 15 février à Berne n'a pas cessé de croître. Jour après jour, sur le e-mail du Antikriegsbündnis, je pouvais constater les adhésions à cette manifestation qui se profilait comme devant être de plus en plus large.

Actuellement, plus de 86 mouvements associatifs, organisations et partis politiques, et syndicats, etc. soutiennent cette manifestation.

Des comités antiguerre se sont mis en place dans de très nombreuses villes et ont distribué des dizaines de milliers de tracts d'appel. Le mouvement unitaire n'a cessé de se renforcer.

Il n'a pas fallu attendre la signature du PSS pour que la mobilisation s'effectue. Il est donc des plus regrettables que Christiane Brunner, après la «manifestation contre le

WEF», à Davos, du 25 janvier 2003, proclame que le PSS va organiser une manifestation le 15 février.

Ce message autoritaire et arrogant – car il méprise tout l'effort de centaines de militants et militantes qui ont préparé cette manifestation – a été fort bien relayé par la presse: «*Pour récupérer d'une certaine manière la démonstration de samedi, le PS appelle à une manifestation pacifique contre la guerre en Irak, le 15 février à Berne.*» (Le Temps, 27.1.2003)

Cette façon de procéder, de mépriser l'effort militant de milliers d'hommes et de femmes, jeunes et moins jeunes, s'inscrit dans le droit fil des méthodes politiciennes traditionnelles et des manipulations bureaucratiques si courantes dans la FTMH (dont Christiane Brunner a été longtemps la «figure de proue»).

3. En outre, il m'est impossible de séparer cette façon de «faire de la politique» par le Parti socialiste et des déclarations de Christiane Brunner émises à l'occasion de la manifestation du 25 janvier à Davos. Cette manifestation devait marquer et a marqué l'opposition à celles et ceux qui (les *Global Leaders*) conduisent pratiquement une globalisation du capital accroissant les inégalités, stimulant les exclusions et concentrant la richesse et le pouvoir économique, social et politique, comme rarement dans l'histoire.

Avant le déroulement de cette manifestation, dans un communiqué de presse datant du 21 janvier 2003, le PSS, sous la responsabilité de Christiane Brunner – «conseillère aux Etats, présidente du Parti socialiste suisse» – tentait déjà de séparer ce qu'elle considère le bon grain de l'ivraie.

Le bon grain étant, selon elle, celles et ceux qui accepteraient un contrôle policier attentatoire aux libertés démocratiques. Cette atteinte aux droits démocratiques a été reconnue et dénoncée par les conseillers nationaux Nils de Dardel et Franco Cavalli, ou encore par la syndicaliste Rita Schiavi, qui est présente à cette conférence de presse.

L'ivraie étant ceux et celles, les plus nombreux, qui ont refusé ces contrôles et savaient parfaitement que tout se finirait par un piège se rabattant sur les manifestant/es. Ce que la réalité a tout simplement confirmé. Et que le quotidien *Le Matin*, du 26.1.2003, a bien synthétisé dans son titre, en page 3: «*Des protestataires roulés dans la farine*».

Ceux et celles qui refusaient les contrôles n'ont en aucune mesure fait preuve «*d'autoritarisme*», pour reprendre la formule diffusée par Christiane Brunner. Ils/elles ont simplement manifesté leur opposition à une dégradation des droits démocratiques et à «*la fouille de leurs bagages*». Cela s'inscrit dans les mesures sécuritaires et antidémocratiques banalisées et appliquées en Europe, mesures dénoncées par un nombre de plus en plus grand de juristes et constitutionnalistes européens.

Autrement dit, ces manifestant/es étaient du côté de la démocratie. Christiane Brunner, elle, s'est placée du côté de gouvernement fédéral et de ses institutions policières. Ce qui correspond, certes, à ses convictions et à sa pratique, comme à celles de son parti.

Dans la pire tradition stalinienne ou orwellienne, Christiane Brunner a tenté de mettre la réalité cul par-dessus tête, de

mettre le monde à l'envers. Voilà une véritable atteinte à une dimension fondatrice de la démocratie: le respect des faits pour en débattre le sens, dans un contexte donné.

Enfin, dans son communiqué du 21 janvier, le PSS, qui affirmait que «*les contrôles semblent nécessaires à Fideris*», a été jusqu'à mettre sur le même pied des groupes de manifestant/es, entre autres membres ou s'identifiant à l'Alliance d'Olten, et les «*fauteurs de guerre états-uniens*». Cette assimilation relève de la calomnie et de la forfaiture pour une conseillère aux Etats.

4. La gravité de ces affirmations et options politiques me semble accrue à la lumière de déclarations faites par Micheline Calmy-Rey, ministre des Affaires étrangères (Département fédéral des affaires étrangères), qui a été sponsorisée par Christiane Brunner pour son élection du Conseil fédéral.

Micheline Calmy-Rey a rencontré Colin Powell à Davos. Elle l'a trouvé «*sympathique*» (24 heures, 27.1.2003, p. 3). Elle a considéré de la sorte le discours de Colin Powell devant le WEF: «*Je ne l'ai pas entendu tenir un discours dur. Probablement est-ce dû au personnage.*» (24 heures, 27.1.2003)

Le *International Herald Tribune* (IHT), en première, le 27 janvier 2003, publie une photo qui montre la détermination guerrière de Colin Powell. Puis, le grand quotidien américain et international, lié au *New York Times*, écrit: «*Colin Powell a affirmé dimanche que les Etats-Unis entreraient en guerre seuls contre l'Irak s'ils ne pouvaient pas rassembler une 'coalition consentante' parmi les alliés européens divisés.*» Puis, Colin Powell souligna que «*le manque d'une coalition n'empêcherait pas l'administration Bush de suivre son cours*». Le IHT cite alors les mots de Powell: «*Quand nous sommes déterminés sur une question, nous prendrons la direction, nous agissons, même si les autres ne sont pas prêts à nous rejoindre.*»

Peut-on imaginer une déclaration de guerre unilatérale, plus ferme, plus dure, lancée à l'Irak et à son peuple?

L'attitude et les déclarations de Micheline Calmy-Rey ne font que traduire l'adaptation traditionnelle de la diplomatie helvétique aux impératifs de la puissance impérialiste dominante.

5. Pour terminer, il est de mon devoir de souligner que aussi bien les déclarations de Micheline Calmy-Rey que celles de Christiane Brunner sont contradictoires avec la plate-forme unitaire de la manifestation du 15 février, signée pourtant par le Parti socialiste suisse.

Micheline Calmy-Rey a souligné «*les préoccupations humanitaires du Conseil fédéral*». Une traduction de cette formule signifie ceci: «une fois la guerre mise en acte, il y aura des centaines de milliers de gens jetés sur les routes, il faut s'en préoccuper». L'intention est bonne. Mais, *a contrario*, c'est une déclaration d'acceptation de la guerre. Et si les préoccupations humanitaires taraudaient le Conseil fédéral et sa ministre, pourquoi ne rien dire des conditions dans lesquelles se trouvent les prisonniers afghans à Guantanamo, sans statut juridique; ou encore de la pratique de la torture par les troupes américaines, pratique dénoncée par le *New York Times*; sans même parler de l'embargo qui décime la population et les enfants d'Irak.

Quant à Christiane Brunner, selon la formulation préparatoire de la conférence de presse, elle est censée valoriser la politique des Etats impérialiste européens pour s'opposer aux Etats-Unis. Or, ces derniers mettent leurs bases militaires au service des Etats-Unis et envoient des troupes en Afghanistan (Allemagne). Certains adhèrent activement à la politique guerrière de Bush (Italie, Espagne). D'autres (France) se tairont finalement face à la guerre déclenchée par les Etats-Unis et enverront leur porte-avions *Charles-de-Gaulle* et les troupes qu'il leur reste, suite à leur déploiement en Côte d'Ivoire, le pré carré colonial français traditionnel. Je ne mentionnerai pas le camarade social-démocrate Tony Blair, qui a déjà envoyé près de 20'000 soldats sur le «théâtre de guerre», pour reprendre une formule dont le cynisme n'a d'équivalent que l'opération de bourrage de crâne conduite depuis des mois.

Tout cela pour «changer de régime» à Bagdad, un régime qui a été soutenu, dès 1983, par Rumsfeld, puis par Mitterrand et Chirac, et bien d'autres.

6. Ces considérations me conduisent, pour des raisons d'éthique et de politique, à prendre mes distances avec cette conférence de presse, telle qu'elle est conçue aujourd'hui.

Ma présence ici, aux côtés de celles est ceux qui mobilisent pour le 15 février, doit servir à mettre, dans un esprit de transparence démocratique, ces vraies questions sur la table. Il est temps que la politique rompe avec la langue de bois, au moment où l'avenir d'une région, le Proche-Orient, et de centaines de milliers de ses habitants est en jeu.

Christian Zeller

Die folgenden Personen solidarisieren sich mit der Erklärung von Christian Zeller:

Les personnes suivantes se solidarisent avec la déclaration de Christian Zeller:

Akincilar Murad, secrétaire SIB, Genève
 Aubert Sylvie, biologiste, EPFL Lausanne
 Bailat Ariane, secrétaire SSP région Genève
 Barbey Charles, physicien, Genève
 Besmer Christian, Vereinigung Städtischer ArbeitnehmerInnen, Zürich
 Borelli Enrico, secrétaire SIB, Bellinzone
 Bovolenta Michela, secrétaire centrale SSP-VPOD, Lausanne
 Böhner David, Anti-WTO Koordination Bern
 Chervet Denise, secrétaire centrale du syndicat comedia, Fribourg-Berne
 De Rahm Geneviève, présidente SSP-Vaud, Lausanne
 Drüssel Dieter, Zentralamerika-Sekretariat, Zürich
 Feistmann Marco, attac-zürich, Bewegung für Sozialismus (BFS), Zürich
 Fischer Franz, Sekretär Neue PdA Basel, GBI-Mitglied, Angestelltenvertreter des Friedrich Miescher-Institutes (Novartis-Forschungsstiftung)

Franco Sébastien, «Bloc uni» Fribourg, membre du Collectif antiguerre Fribourg, membre du Mouvement pour le socialisme (MPS)

Gilardi Paolo, enseignant, GSSA-GSOA, MPS, Genève

Giller Wyna, membre du Collectif antiguerre Fribourg

Girardin Fabienne, présidente attac-neuchâtel

Gonthier Alain, conseiller municipal Vevey, MPS

Krauer Rolf, Funktionär GBI, Baden

Marquis Jean-François, rédacteur de *m-magazine*, animateur du collectif antiguerre Vaud, Lausanne

Oppliger Hans, président secteur imprimerie comedia, Genève

Pelizzari Alessandro, secrétaire attac-suisse

Perriard Anne, «Bloc uni» Fribourg, membre du Collectif antiguerre Fribourg

Peters-Haefeli Lise, députée PS Grand Conseil Vaud, Lausanne

Peters Suzanne, Collectif antiguerre Vaud, SSP, Lausanne

Poretti Matteo, Union syndicale vaudoise, MPS, Lausanne

Pronzini Matteo, secrétaire SIB-SEI-Bellinzone, Movimento per il socialismo (MPS)

Roche Lionel, secrétaire du Centre de contact Suisse-immigrés, MPS, Fribourg

Rusterholz Laure, responsable attac-jura

Sanchez José, président SSP-Neuchâtel, administration cantonale, La Chaux-de-Fonds

Santucci Claudia, historienne de l'art, Collectif antiguerre Lausanne

Schilliger Sarah, Mediensprecherin des Aktionskomitees gegen das neue Universitätsgesetz, Zurich, BFS

Schneeberger Julia, Historikerin, Bern

Schoeni Céline, membre du collectif antiguerre Vaud, assistante UNIL Lausanne

Schwander Martin, Schweizerische Friedensbewegung (SFB), Oberburg

Sergi Pino, rédacteur de *Solidarieta*, MPS, Bellinzone

Siegenthaler André, Direkte Solidarität mit Chiapas, Zürich

Soldini Agostino, secrétaire central SSP-VPOD, rédacteur *Services publics*, Lausanne

Streckeisen Peter, Soziologe, Universität Basel, Mediensprecher Gruppe gegen den Krieg Basel

Tirefort Christian, président central du syndicat comedia, Genève-Berne

Togni Carola, membre du Collectif antiguerre Vaud, Lausanne

Togni Pierluigi Dr, médecin, Bellinzone

Udry Charles-André, économiste, rédacteur de *à l'encontre*, MPS, Lausanne

Urech Ursi, Lehrerin, VPOD, Zürich

Vogt Karin, attac-basel

Wardenburg George, sociologue, Université de Genève, collectif No War, Genève

Wardenburg-Kilpatrick Hilary, Dr, orientaliste, Lausanne

Zurkinden Gaétan, secrétaire syndical SSP-Vaud

Zurkinden Guy, secrétaire Union syndicale fribourgeoise, membre du Collectif antiguerre, Fribourg, MPS

Stellungnahme zur Erklärung von Christian Zeller an der Pressekonferenz vom 30. Januar 2002

Liebe KollegInnen

Das Wesentliche vorweg: Die Pressekonferenz vom 30. Januar 2003 hatte folgendes Ziel: Wir wollten die bisher einzigartige Breite der Antikriegsbewegung in der Schweiz demonstrieren und damit zu einer machtvollen Demonstration am 15. Februar mobilisieren. Mit der Demo wollen wir unseren Teil dazu beitragen, die mehrheitlich Ablehnung des Angriffskrieges gegen den Irak in der europäischen Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, die Kriegstreiberei zu denunzieren und zu einen öffentlichen Druck aufzubauen, der allenfalls diesen Krieg doch noch abwenden könnte. Das ist unser Anspruch. Was aber hat Christian Zeller mit seiner Erklärung an der Pressekonferenz erreicht? Er hat den anwesenden "bürgerlichen" Medien Gelegenheit gegeben, von diesem Ziel abzulenken und eine angebliche Spaltung der Antikriegsbewegung bzw. innerlinke Zwistigkeiten in den Vordergrund zu stellen (z.B. Berner Zeitung vom 31.1.2003: "Die Linke demonstriert sich immer mehr auseinander"). Innerlinke Spaltung statt breite Mobilisierung und Widerstand gegen den Krieg - das war das bedauerliche Signal dieser Pressekonferenz.

Zu den Tatsachen

1. An der letzten Sitzung des Anti-Kriegsbündnisses vom 22. Januar haben wir die Auftrittsmöglichkeiten an der Medienkonferenz und diejenigen an der Kundgebung gemeinsam beschlossen - vier Redebeiträge an der Medienkonferenz, acht Redebeiträge an der Kundgebung. Zu diesem Zeitpunkt war die Position der SP zu den Kontrollen in Fideris bereits bekannt (SP-Kommuniqué vom Vortag der Sitzung). Dennoch haben wir im Interesse einer breiten Mobilisierung grossmehrheitlich (inklusive Christian Zeller) dafür gestimmt, die SP an der Medienkonferenz auftreten zu lassen. Wir haben ebenfalls festgelegt, dass die einzelnen Organisationen selber ihre VerteterInnen bestimmen.
2. Nach der Sitzung habe ich diese Beschlüsse mit dem Protokoll auch breit per Mail kommuniziert. Bis heute ist keine einzige Reaktion per Mail gekommen, die diese Entscheide kritisiert.
3. Die SP Schweiz hat Christiane Brunner als Teilnehmende bestimmt. Am Freitag 24. Januar habe ich einen Entwurf für die Einladung zur Medienkonferenz u.a. Christian zugestellt, er hat sein Einverständnis gegeben. Übers Wochenende habe ich die Einladung per Fax, Mail und Post verteilt.
4. Am Sonntag - nachdem die Medieneinladungen verteilt waren - meldet Christian aufgrund der Ereignisse in Fideris/Davos und den Äusserungen von Christiane Brunner Bedenken an, die SP müsse Brunner zurückziehen. Ich mache ihn darauf aufmerksam, dass es innerhalb des Antikriegsbündnis eine klare Beschlusslage gebe und er keine Legitimation habe sich über diese hinwegzusetzen.
5. Am Abend des 29. Januar, unmittelbar vor der Medienkonferenz, erhalte ich von dritter Seite Christian Zellers Erklärung, für die Unterschriften gesammelt wird - u.a. mit dem Hinweis, die Erklärung werde von Franco Cavalli und Eric Decarro mitgetragen. Später wird dann auch noch behauptet, Nils de Dardel unterstütze den Aufruf. Nichts davon stimmte, wie sich am Folgetag herausstellte.
6. Am 30. Januar schliesslich muss ich eine ziemlich peinliche Medienkonferenz moderieren, an der eine scheinbare Zerrissenheit des Antikriegsbündnisses zum Hauptthema gemacht wird. Christian Zeller, der als Redner für das Bündnis vorgesehen war, distanziert sich demonstrativ und mit einer schriftlichen Erklärung von dieser PK. Er erklärt, warum er nicht gewillt sei mit Christiane Brunner an einer Medienkonferenz zu sprechen. Zusammen mit sechs weiteren im Publikum anwesenden Mitgliedern der „Bewegung für den Sozialismus“ nimmt er dennoch einen guten Teil der Diskussionszeit in Anspruch und lenken von unserer zentralen inhaltlichen Botschaft ab.

Eine Wertung

Christian und seine Genossen waren sich der Folgen ihres Tuns bewusst ("Es wird einen Krach geben. Aber manchmal muss das sein", heisst es in Christians Begleitmail zum Aufruf). Es stellt sich die Frage, warum sie diesen öffentlichen "Krach" - auf Kosten einer möglichst breiten und glaubwürdigen Mobilisierung - gesucht haben, statt zum Beispiel mit einer Sitzung des Antikriegsbündnisses die angeblich "neue Lage" und

deren Konsequenzen demokratisch zu diskutieren. Wieso setzen sie sich über eine klare Beschlusslage des Bündnisses hinweg? Und wieso bezeichnet sich Dr. Christian Zeller gegenüber der Presse plötzlich als "Koordinator des Antikriegsbündnisses", obwohl ihn niemand dazu auserkoren hat, ja, obwohl es eine solche Funktion gar nicht gibt?

Für diese Manöver gibt es keine inhaltlichen Gründe. Die Kritik an der SP und Christiane Brunner im Zusammenhang mit der Anti-WEF-Demo ist zweifellos berechtigt und nötig. Aber sie gehörte ebenso zweifellos nicht an diese Antikriegs-PK (und konnte, wie etwa die ebenfalls an unserer PK teilnehmende Rita Schiavi bewies, sehr gut an anderer Stelle geäußert werden). Wer Christiane Brunner für ihre opportunistische und spalterische Haltung im Zusammenhang mit der Anti-WEF-Demo strafen will, soll dafür nicht die Anti-Kriegsbewegung spalten. Und wer die SP unbedingt zusammen mit Powell im Lager der Kriegstreiber sehen will, musste dazu nicht das WEF abwarten. Christian redet in seiner Erklärung viel von Ethik, Moral und Politik. Ich sehe aber leider nur eine Erklärung für Christians Aktion: Ähnlich instrumentalisierend und spalterisch, wie sich einige Exponenten der SP gegenüber der globalisierungskritischen Bewegung verhalten, versuchen einige Exponenten der "Bewegung für den Sozialismus" die Antikriegsbewegung für ihre eigenen, engen parteipolitischen Zwecke auszunutzen.

Aufruf zu konstruktiver Zusammenarbeit

Dieses Verhalten ist nicht akzeptabel. In diesem Bündnis haben wir eine klare inhaltliche Plattform erarbeitet, auf deren Basis wir zu einer Kundgebung aufgerufen haben. Wir haben darauf verzichtet, zusätzliche Bedingungen zu formulieren, wer in unserem Bündnis gegen den Krieg im Irak sein darf und wer seine Kritik auch öffentlich vortragen darf. Damit ist klar: Wir wollen niemanden ausgrenzen, der sich inhaltlich hinter unsere Plattform stellt. Einen wirksamen Widerstand gegen den Krieg erreichen wir nicht mit parteipolitisch-ideologischem Dogmatismus sondern mit einer vielfältigen und an der Sache ausgerichteten Bewegung.

Ich bin überzeugt: Wir haben als Bewegung nur zu gewinnen, wenn es uns gelingt auf einer definierten inhaltlichen Basis möglichst breite Kreise einzubinden. Ich hoffe, dass wir nach dieser unverantwortlichen und peinlichen Aktion an der Medienkonferenz wieder zu einer konstruktiveren Arbeit zurückfinden.

Mit freundlichen Grüßen

Nico Lutz

Stoppen wir den kriegerischen Wahnsinn von Bush & Co

Bushs Erdöl-Junta ist in den USA durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen, nachdem knapp über 20% der Bevölkerung - ihr reichster Teil - für sie gestimmt hat. Ihre politische Philosophie ist einfach: die Weltherrschaft der Oligarchie soll wenn nötig auch zum Preis der Wiederholung eines blutigen „30jährigen Krieges“ garantiert werden.

Es gab in der Geschichte der Menschheit selten einen derart absurden und sinnlosen Krieg wie jenen, den Bush & Co. seit Monaten gegen den Irak vorbereiten. Dieses Land liegt nach 10 Jahren totaler Wirtschaftssanktionen darnieder. Nach vorsichtigen Schätzungen sind über eine halbe Million Frauen und Kinder dem Embargo zum Opfer gefallen.

Wie kann ein derart ruiniertes Land eine Gefahr für die USA darstellen, die jedem anderen Staat der Welt militärisch erdrückend überlegen sind? Es liegt auf der Hand, dass logisches Denken hier keine Rolle spielt. Was zählt, ist einzig und allein die Tatsache, dass der Irak über viel hochwertiges Erdöl verfügt, das sich die US-Erdöl-Junta unter den Nagel reißen möchte. Die USA sind zudem derart arrogant, dass sie der ganzen Menschheit in ihrem jüngsten Bericht zur strategischen Ausrichtung ihrer Politik die Bereitschaft mitgeteilt haben, „strategische Kriege“ zu führen, um ihre Weltherrschaft zu sichern.

Glücklicherweise organisiert sich vielerorts Widerstand gegen diese neue Auflage des alten Imperialismus. Die Menschen gehen gegen den blutigen Wahnsinn Washington's auf die Strasse: Wer so wie ich den Beginn der Proteste gegen den Vietnam-Krieg miterlebt hat, kommt nicht umhin, sich an jene Zeiten zu erinnern. Bereits jetzt ist die Bewegung gegen den Krieg stärker als damals zu Kriegsbeginn, zumindest in den USA.

Die Stärkung dieser Bewegung auf weltweiter Ebene ist sicherlich eines der wirksamsten Mittel, um diesen Wahnsinn zu stoppen. Steuern auch wir unseren Teil dazu bei.

Arrêtons la folie guerrière conduite par Bush & Co.

La junte pétrolière de Bush & Co est arrivée au pouvoir grâce à un coup d'Etat, après avoir été élu par un peu plus de 20% de la population des Etats-Unis: la fraction la plus riche.

Sa philosophie politique se résume à garantir la suprématie mondiale en faveur de cette oligarchie états-unienne. Et, si cela est nécessaire, y compris en répétant une sanglante «guerre de Trente Ans».

Rarement dans l'histoire humaine une guerre aura été aussi absurde et contraire à tout bon sens minimum que celle que Bush & Co préparent depuis des mois contre l'Irak. Ce pays est au bord de l'écroulement après dix ans d'embargo économique total qui a coûté la vie, entre autres, à plus d'un demi-million de femmes et d'enfants, selon les estimations les plus sobres.

Comment un pays réduit à une extrême pauvreté et précarité pourrait-il représenter un danger, avant tout pour les Etats-Unis, qui jouissent actuellement d'une suprématie militaire écrasante face à quelque autre puissance que ce soit dans le monde?

Mais il est évident que, dans tout cela, la logique ne trouve pas sa place. Ce qui compte, c'est que l'Irak possède beaucoup de pétrole, d'une qualité optimale, et que cela attire énormément la

junte pétrolière de Bush & Co. Ce qui compte, c'est que les Etats-Unis, dans leur dernière déclaration d'orientations stratégiques, ont eu l'arrogance d'admettre, face au monde entier, qu'ils sont disposés à avoir recours à une série de «guerres préventives» pour s'assurer une domination à l'échelle mondiale.

Par bonheur, face à cette nouvelle version du vieil impérialisme, la résistance est en train de s'organiser un peu partout.

Pour moi qui ai connu le début des protestations contre l'agression des Etats-Unis visant le Vietnam, tout ce qui est en train d'émerger pour s'opposer à la folie sanguinaire de Washington ne peut que me rappeler cette période passée. Mais, pour ce qui a trait aux Etats-Unis, le mouvement de résistance est, déjà aujourd'hui, plus fort qu'il le fut initialement lors de la guerre du Vietnam.

La croissance à l'échelle mondiale de ce mouvement de protestation contre la guerre représente sûrement un des moyens les plus efficaces pour arrêter cette folie. Nous devons viser nous aussi à y apporter notre contribution.

Fermiamo la follie guerrafondaia di Bush & Co.

La Junta Petrolera di Bush & Co. è arrivata al potere grazie ad un colpo di stato, dopo essere stata votata da poco più del 20% della popolazione statunitense: la parte più ricca.

La sua filosofia politica si riassume nel garantire la supremazia mondiale a questa oligarchia statunitense, se necessario anche con una sanguinosa ripetizione della "guerra dei 30 anni".

Raramente nella storia umana una guerra sarà stata tanto assurda e contraria ad ogni minimo buon senso come quella che Bush & Co. stanno da mesi preparando contro l'Iraq, un paese ormai allo stremo dopo 10 anni di blocco economico totale, che è costato tra l'altro la vita, secondo stime prudenti, a più di mezzo milione di donne e bambini.

Come potrebbe un paese ridotto ormai ai minimi termini rappresentare un pericolo, soprattutto per gli Stati Uniti, che godono attualmente di una supremazia militare schiacciante rispetto a qualsiasi altra potenza?

Ma è evidente che in tutto ciò la logica centra ben poco. Ciò che conta è che l'Iraq ha molto petrolio e di ottima qualità e che questo fa enormemente gola alla Junta Petrolera di Bush & Co. Ciò che conta è che gli Stati Uniti nell'ultima loro dichiarazione d'intenti strategici hanno avuto l'arroganza di ammettere di fronte a tutto il mondo, che sono disposti a ricorrere anche ad una serie di "guerre preventive", pur di assicurarsi il dominio mondiale.

Per fortuna, di fronte a questa nuova versione del vecchio imperialismo, la resistenza si sta organizzando un po' dappertutto. Per chi come me ha vissuto l'inizio della protesta contro l'aggressione al Vietnam, tutto quanto si sta muovendo contro la follia sanguinaria di Washington non può non ricordare quei tempi. Anzi: perlomeno negli Stati Uniti il movimento è già sin d'ora più forte.

La crescita a livello mondiale di questo movimento di protesta contro la guerra rappresenta sicuramente una delle armi più efficaci per fermare questa follia. Cerchiamo anche noi di dare il nostro contributo.